

Frag doch ...



## Reform AHV 21

Am 25. September 2022 haben Volk und Stände die Reform AHV 21 an-genommen und damit die Finanzierung bis 2030 gesichert. Bei dieser Abstimmung ging es aber nicht nur um die Vereinheitlichung des Referenzalters von Frauen und Männern auf 65 Jahre oder um die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Frauen und Männer haben die Möglichkeit ihre Altersrente zwischen 63 und 70 Jahren zu beziehen, für Frauen der Übergangsgeneration bereits ab 62 Jahren. Die Kürzungen des Vorbezugs und Zuschläge der Aufschübe wurden an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst und entsprechend gesenkt. Neu ist auch ein Teilvorbezug oder Teilaufschub möglich. Versicherte, die nach dem Referenzalter 65 weiterarbeiten möchten, können damit ihre Altersrente bis zur Maximalrente aufbessern. Die Anrechnung von Beitragszeiten von erwerbstätigen Rentnern war bisher nicht möglich. Neu wird die Karenzfrist für den Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung von einem Jahr auf sechs Monate gesenkt. Die Reform tritt per 1. Januar 2024 in Kraft. Die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters beginnt ein Jahr später, also voraussichtlich am 1. Januar 2025. Auf diesen Zeitpunkt hin treten auch die Ausgleichsmassnahmen für die Frauen der Übergangsgeneration in Kraft. Ob Ihr Jahrgang davon betroffen ist oder nicht, erfahren Sie auf unserer Website.

[www.ak-bs.ch](http://www.ak-bs.ch)



«Haben Sie Fragen zur AHV? Teilen Sie uns diese mit. Wir werden Ihre Fragen in den nächsten Ausgaben beantworten. Für persönliche Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.»

Tel. 061 685 22 22 oder [fragdoch@ak-bs.ch](mailto:fragdoch@ak-bs.ch)

Mike Oberholzer,  
Direktor

Interview mit Daniel Seiler,  
Präsident der FDP Kleinbasel

## «Klimapolitik soll wirksam sein!»

Gerade weil er für einen wirksamen Klimaschutz entsteht, erteilt Daniel Seiler, Präsident der FDP Kleinbasel, sowohl der sogenannten «Klimagerechtigkeits-Initiative» als auch dem Gegenvorschlag eine Absage.

Interview: kbz

**Kleinbasler Zeitung:** Herr Seiler, warum sind Sie gegen den Klimaschutz?

**Daniel Seiler:** Bin ich doch nicht – im Gegenteil. Der Klimawandel ist eine grosse Herausforderung. Umso wichtiger sind koordinierte und vor allem nachhaltige Massnahmen, damit wir einen wirkungsvollen Beitrag für den Klimaschutz leisten können. Und zwar solche, die auch von der Bevölkerung und der Wirtschaft mitgetragen werden.

*Und doch setzen Sie sich zusammen mit einem breit abgestützten Komitee gegen die Klimagerechtigkeits-Initiative und den Gegenvorschlag ein. Wie kommt es zu diesem Engagement?*

Aus drei übergeordneten Gründen: Die Netto-Null-Forderungen 2030 (Initiative) und 2037 (Gegenvorschlag) sind völlig unrealistisch, kontraproduktiv und sie führen zu einem schädlichen Basler Alleingang. Da Basel-Stadt kaum über Wälder zur natürlichen Kompensation von CO<sub>2</sub> verfügt, bedeutet Netto-Null in Basel-Stadt Brutto-Null – das heisst, es dürften gar keine Treibhausgase mehr emittiert werden. Um dies in der geforderten Frist zu erreichen, wären extreme Massnahmen inkl. Konsumverzicht nötig. Ausserhalb unseres Kantons würden diese aber nicht gelten. Damit bringt man die breite Bevölkerung gegen die Klimawende auf.

*Aber warum bekämpfen Sie auch den Gegenvorschlag? Wäre dieser nicht ein gangbarer Kompromiss?*

Definitiv nicht. Eine unabhängige, vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Studie belegt, dass selbst das Ziel von Netto-Null bis 2050 auch mit scharfen Massnahmen höchst ambitioniert und wohl nicht zur Gänze erreicht werden kann – geschweige denn früher. In vielen Bereichen fehlen uns heute schlicht und einfach die notwendigen Technologien. So ist zum Beispiel die saisonale Speicherung von Strom für den Winter ungelöst.

*Welche Konsequenzen hätte eine Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags für die Basler Bevölkerung ganz konkret?*

Bei einer wortwörtlichen Umsetzung von Initiative und Gegenvorschlag wären bis spätestens 2030 bzw. 2037 Fahrzeuge und Baumaschinen mit Benzin- oder Dieselantrieb verboten. Dasselbe gilt für Öl- oder Gasheizungen – noch funktionierende Heizungen müssten herausgerissen werden. Gebäude müssten wohl zwangswärmedämmt werden. Es muss auch stark angezweifelt werden, ob unsere Life Sciences Industrie und andere Industriebetriebe noch auf dem Kantonsgebiet produzieren könnten. Die Umsetzung kostet Milliarden – bezahlt in Form von Steuern, Gebühren, höheren Mieten und weiteren Abgaben und führt zu Wohlstandsverlust.

*Ein zentrales Element der Klimawende in Basel-Stadt ist der flächendeckende Ausbau der Fernwärme. Dieser soll bis 2035 abgeschlossen sein. Sie halten diesen Zeitplan für zu ambitioniert. Warum?*

Bei einem flächendeckenden Ausbau müssen rund 60 Kilometer des Stadtstrassennetzes oder im Schnitt 4,5 Kilometer pro Jahr aufgerissen werden. Das gibt knapp 50 zusätzliche Baustellen pro Jahr. Basel-Stadt verkommt damit zur Dauerbaustelle! Mit welcher Energie die Fernwärme dann betrieben werden soll, ist unklar. Heute schon wird für die Fernwärme ein Drittel Gas eingesetzt.

*Auch zahlreiche Gewerbetreibende bekämpfen die Klimagerechtigkeits-Initiative. Dabei würde doch gerade das Baugewerbe von allfälligen zusätzlichen Fördergeldern und entsprechenden Aufträgen profitieren. Ist das aus Ihrer Sicht nicht ein Widerspruch?*

Im Gegenteil. Ich höre von zahlreichen Gewerblern aus den betroffenen Branchen, dass sie bereits für den derzeitigen Auftragsbestand nicht über die notwendigen Fachkräfte verfügen. Zahlreiche Lehrstellen bleiben unbesetzt. Ich frage deshalb, will man in Zukunft die Jungen dazu zwingen, statt zu studieren eine Berufslehre zu ma-

chen und auf Dächern Solarpanels zu montieren, deren Silizium in chinesischen Kohleöfen hergestellt wurde?

*Sie sind im Vorstand des ACS bei der Basel, der Initiative und Gegenvorschlag ebenfalls bekämpft. Immer mehr Baslerinnen und Basler sind jedoch mit einem E-Fahrzeug unterwegs. Nehmen Initiative und Gegenvorschlag diese Entwicklung nicht quasi vorweg?* Nein, denn Initiative und Gegenvorschlag atmen den Geist der staatlichen Bevormundung. Am liebsten wäre den Initianten, dass es gar keine Besitzautos mehr gäbe. Ein Elektroauto kann sich nicht jeder leisten. Gemäss der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt EMPA werden 2050 erst 60 Prozent der Personewagen auf strombasierter Mobilität und immer noch 40 Prozent auf Benzin und Diesel basieren. Mit der Initiative müssten also tausende funktionsfähige Autos verschrottet werden.

*Sie bezeichnen die Klimagerechtigkeits-Initiative und den Gegenvorschlag als unrealistisch und kontraproduktiv. Wie sähe eine realistische Basler Klimapolitik denn Ihres Erachtens aus?*

Eine wirksame Klimapolitik anerkennt, dass die Herausforderung Klimawandel nur global, koordiniert und mit noch viel Forschung und Entwicklung angegangen werden kann. Wenn wir in Basel-Stadt hingegen den radikalen Verzichts- und Verbotstaat pflegen, während in China oder Indien laufend neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen werden, dann werden wir die Basler Bevölkerung auf dem Weg verlieren. Zu ambitionierte Zielsetzungen sind kontraproduktiv.



(Foto: zVg)